

Offener Brief von Hebammen an alle Politiker auf kommunaler Ebene, Kreis-, Landes- und Bundesebene:

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Grundlage unserer Berufsethik und unserer gesetzlichen Pflicht, die Gesundheit von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen zu schützen (Hebammenberufsordnung der einzelnen Bundesländer), weisen wir Sie auf den akuten, bundesweiten Hebammenmangel hin. Die Versorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen ist in Deutschland nicht mehr gesichert.

Wir wenden uns explizit an Sie als gewählte Vertreter der Bevölkerung und als politische Entscheidungsträger.

Schon seit Jahren sehen wir unseren Berufsstand gefährdet, da sich die hohe Verantwortung und unser körperlich und emotional anstrengender Arbeitsalltag in keiner Weise in unserer Vergütung widerspiegeln. Daher interessieren sich immer weniger junge Frauen für diesen Beruf. Zudem beträgt die durchschnittliche Verweildauer einer Hebamme im Beruf weniger als 4 Jahre. Verständlich, denn wer ist schon bereit für 2400 € Brutto, bei Samstag-Sonntag-Feiertag-Nacht-Schichtdienst, diese extrem hohe Verantwortung für zwei Menschenleben zu tragen, wenn er für einen risikoarmen und fehlertoleranten Posten bei einem geregelten Montag- Freitag-Job mindestens das Gleiche bekommt?

Neben dem Hebammenmangel führt die Sparschraube an den Krankenhäusern zu folgender Entwicklung: Politisch gewollt wird seit Jahren an den geburtshilflichen Abteilungen kleinerer Krankenhäuser Personal eingespart, was zur Schließung der Kreißsäle oder gar Krankenhäuser geführt hat. Gab es 1991 noch 1186 Krankenhäuser mit Geburtshilfe, waren es 2014 nur noch 725. Dies bedeutet einen Rückgang um rund 40 Prozent. Schwangere müssen nun auf die nächstgelegene Klinik ausweichen, was dort zu einer massiven Arbeitsverdichtung sowie räumlicher und personeller Überlastung führt. Denn in der Regel wird der Stellenschlüssel erst nach jahrelanger Vorleistung auf steigende Geburtenzahlen angepasst. Die Hebammen können die zusätzliche Arbeit eine Zeit lang durch Überstunden und persönliche Motivation auffangen, bis weitere Hebammen durch Krankheit oder Kündigung ausfallen. Freie Stellen können wegen des Hebammenmangels und den schlechten Arbeitsbedingungen in einem überlasteten Team meist nicht besetzt werden. Früher oder später bricht das System schließlich zusammen. Die Dienstpläne können nur schwerlich besetzt werden, die geburtshilfliche Abteilung hat Schließzeiten oder wird ganz geschlossen. Nun müssen Schwangere zwangsläufig auf weiter entfernte Kliniken ausweichen, die daraufhin auch überlastet sind. Und so führt die Spirale immer weiter nach unten.

Die Suche nach einem Platz im Kreißaal gleicht im Jahre 2017 der Herbergssuche zu Christi Geburt.

Wir stellen an jeden einzelnen von Ihnen die Frage: Können Sie es verantworten, dass ein Neugeborenes und/oder eine (werdende) Mutter zu Schaden kommt, weil der Kreißaal nicht ausreichend besetzt ist, weil die Schwangere es nicht rechtzeitig in die weiter entfernte Klinik schafft, weil die Hebamme wegen Überstunden und Überlastung nicht mehr in der Lage ist, alle Gebärenden adäquat zu überwachen und Entscheidungen über neues Leben auf überfüllten Kreißaalfluren treffen muss?

Wir fordern Sie deshalb auf:

- Bilden Sie kurzfristig, schnell und unbürokratisch einen finanziellen Rettungsschirm, um die angestellten Hebammen durch Anreize und Entlastung in den Kreißsälen zu halten und die akute Unterversorgung zu beheben.
- Korrigieren Sie die Einstufung der Hebammen im Tarifsystem deutlich nach oben. Wenn Hebammen ihrer hohen Verantwortung entsprechend bezahlt werden und zusätzlich für Nacht-

und Wochenend-Dienste würdige Zuschläge bekommen, dann bleiben die ausgebildeten Hebammen im Kreißaal und junge Frauen haben wieder Interesse an dem Beruf.

- Erhöhen Sie die DRG's (deutsches Fallpauschalensystem für Krankenhausleistungen) für die normale Geburt. Eine normale Geburt muss für das Krankenhaus wirtschaftlich sein und die Personalkosten für den Kreißaal abdecken. Zurzeit bekommt ein Krankenhaus für eine ambulante Geburt ab 922€, für eine natürliche Geburt ca. 1500€ und für einen Kaiserschnitt ca. das Doppelte. Dies würde zeitgleich die normale Geburt für Krankenhäuser attraktiver machen und Kaiserschnitttraten könnten so wieder auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Die WHO schätzt, dass nur 10-15% der Geburten in einem Kaiserschnitt enden müssen. In Deutschland haben wir aber mittlerweile ca. 31,1% Kaiserschnitte mit regional starken Unterschieden.
- Erhöhen Sie die Anzahl der Ausbildungsplätze deutlich, um damit der hohen Fluktuation aus dem Beruf ein Stück weit entgegenzuwirken.
- Verändern Sie die veraltete Berechnung des Stellenschlüssels (von 1992). Momentan fließt nur die Anzahl der Geburten in den Stellenschlüssel ein. Ein wesentlicher Teil unserer Tätigkeit besteht aus der Zuwendung und Zeit, die eine Frau unter der Geburt braucht. Dies wird bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Gebären lässt sich nicht prozessoptimieren. Ambulante Behandlungen und administrative Tätigkeiten haben in den letzten Jahrzehnten auch deutlich zugenommen.
- Seit Jahren geht der Trend dahin, dass Gesundheitseinrichtungen von ManagerInnen geleitet werden und zu gewinnbringenden Unternehmen umgestaltet werden sollen, mit Bonuszahlungen für Sparmaßnahmen. Damit werden Gelder aus der Solidargemeinschaft auf wenige Führungskräfte verteilt, zu Lasten der Patienten und des an der Basis arbeitenden Krankenhauspersonals. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

Uns ist klar, dass unsere Forderungen Geld kosten. Doch wir sind der Meinung, dass in manchen Bereichen im Gesundheitssystem Geld eingespart werden kann (z.B. Abbau der aufgeblähten Bürokratie, übertriebene Flut von Einmalmaterial, u.v.m.). Zudem müssen zusätzliche Gelder in das Gesundheitssystem fließen, denn eine zuverlässige, medizinische Versorgung und eine gute Betreuung vor, während und nach der Geburt sollten in unserer hochentwickelten Gesellschaft für alle Menschen selbstverständlich sein!

Die Geburtshilfe in Deutschland ist in akuter Gefahr und mit ihr der Berufsstand der Hebammen, unsere Erfahrung und unser jahrtausend-altes Handwerk. Zu oft wurden die Hilferufe der Hebammen von Seiten der Politik ignoriert. Jetzt zählen nur noch Taten und Veränderungen. Wir und vor allem die Frauen, die jetzt gebären, haben keine Zeit, um auf die langwierigen Ergebnisse von Runden Tischen zu warten.

Wir bitten Sie, die Situation ernst zu nehmen und schnellstmöglich Lösungen zu finden.

Es brennt. Sie sind gefordert!